

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1 M.  
Gingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Bürostellen-Anzeigen die  
gepflegte Kolonel-Zelle  
50 J.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey,  
Druck von G. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Nebaktion und Expedition:  
Hannover, Münzstraße 5, 8. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### 1351383 000 Mark Reingewinn.

Wenn man heute die Unternehmertäler liest, sollte man bald glauben, die deutsche Industrie stände am Vorabend des finanziellen Zusammenbruchs. Natürlich soll es die Sozialpolitik, die Arbeiterversicherung sein, die durch ihre geldlichen Ansprüche dem Bankrott entgegenfährt. Deshalb soll nicht nur Stillstand, sondern Rückwärtsrevision in der Versicherungsgesetzgebung dringend notwendig sein. Andernfalls ist, nach der Scharfmacher Behauptung, mit der Verdrängung der deutschen Industrie durch die Auslandskonkurrenz zu rechnen. Das Bild ist schon alt! Noch keine Arbeiterförderung ist erhoben worden, noch kein soziales Reformwerk erfreute sich glücklicher Geburt, ohne daß man das Unglücksgekratze vom Ruin der Industrie, von der Unterbindung der Konkurrenzfähigkeit der „nationalen Arbeit“ vernahm. In den Jugendtäler der Industrie, bei der Inaugurierung der Arbeiterversicherung, konnte man, da die praktische Erfahrung dem unternehmerischen noch mangelte, jenen Pantomimen immerhin ehrliche Überzeugung, wirkliche Befürchtung über ruinöse Wirkung der „sozialen Lasten“ unterstellen. Heute nicht mehr! Gerade während der letzten 30 Jahre, seitdem die soziale Gesetzgebung die Industrie „bedrohte“, hat diese in Deutschland einen großartigen Aufschwung genommen, erlebte sie ihre gewaltigsten Triumphe auf dem Weltmarkt, eroberte sich hier teilweise einen dominierenden Platz. Und das gilt besonders auch für verschiedene Industrien, die für unsre Organisation in Betracht kommen, und in denen die Scharfmacherei ihre beste Stütze hat, in denen der antisoziale Geist, die patriarchalische Überhebung liebvoll kultiviert wird.

Die eine Tatsache der riesenhaften Entwicklung der deutschen Industrie während der letzten Dezennien charakterisiert den scharfmacherischen Sturmlauf gegen die Sozialgesetzgebung schon genügend als heuchlerisches Getue. Das treibende Motiv ist die absolutistische Herrschaftsangst des Industriekapitalismus. Die Sozialversicherung, in Verbindung mit der gewerkschaftlichen Aktion der Arbeiter, entzieht diese wenigstens teilweise der Willkür der Unternehmer. Daher deren Hass sowohl gegen die Arbeiterorganisation als auch gegen die Sozialversicherung. Beide möchte man „unschädlich“ machen, um unbefristet das Banner der unbeschränkten Herrschaft des Kapitals, des unbedingten Gehörsams der Lohnslaven entrollen zu können. Dass die Profitmacherei nicht unter der Sozialpolitik gelitten hat, dass nicht die finanziellen Ergebnisse der industriellen Unternehmungen auch nur schwerlich berechtigten Anlaß zu der antisozialen Hetze des Scharfmachertums geben können, das entfällt mit dankenswerter Klarheit eine jetzt im Kaiserl. Statistischen Amt fertiggestellte Übersicht, in der die Ergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften aus dem Jahre 1907/08 zur Darstellung gelangen. Scheidet man die Gesellschaften aus, die sich in Konkurs oder Liquidation befinden, bleibt ein Bestand von 5166 Aktiengesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 14 420 058 000 Mark. Das macht pro Kopf der Bevölkerung rund 250 Mark, die allein von Aktiengesellschaften als eigenes Kapital investiert werden. Unter den Gesellschaften gibt es eine Reihe solcher, die nicht als Erwerbsgesellschaften gerechnet werden; lässt man auch diese unberücksichtigt, dann restieren 4578 Gesellschaften mit 12 1/4 Milliarden Mark eingezahltem Aktienkapital. Davon haben 3871 Gesellschaften mit 11 1/5 Milliarden Mark dividendenberechtigtem Aktienkapital **1351383 000** Mark Reingewinn erzielt, wovon 1 022 5 960 000 Mark als Dividende verteilt worden sind. Auf das hieran beteiligte Kapital verrechnet, ergibt sich eine Durchschnittsrente von 9,2 Prozent. Wenn man bedenkt, daß das Jahr 1907 schwer im Zeichen der Krise stand, die in voller Wucht im Jahre 1908 zur Geltung kam, und dieser Umstand bei den Abschlüssen berücksichtigt worden ist, so muß die Rente als eine sehr hohe bezeichnet werden. Für die Arbeiterschaft war nicht solch gute Konjunktur! Und die für den Fabrikarbeiterverband in Betracht kommenden Industrien nehmen in der Rentabilitätsstatistik gute Stellen ein, sie rangieren nicht am Ende. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht das. In dieser ist der Prozentsatz der Dividende angegeben, der sich ergibt, wenn man die zur Auszahlung gelangte Summe auf das ganze von allen Gesellschaften eingezahlte Aktienkapital, und nicht lediglich auf das am Dividendengenuss beteiligte Kapital verrechnet. Danach betrug:

	Das Gesamt- Kapital in 1000 M.	Die Gesell- schaften in 1000 M.	Die Dividende in Prozent
Aktiengesellschaften überhaupt	4578	12 683 741	8,1
A.-G. in der Industrie der Steine und Erdnen	839	415 213	8,7
A.-G. Papierindustrie	94	139 251	8,8
A.-G. Industrie der Nachrang- u. Genussmittel	792	963 845	7,8
A.-G. Chem. Industrie	137	360 127	15,7

Demnach steht nur die Nahrungsmittelindustrie mit der Rentenquote unter dem Gesamtbuchschluss. In den andern Gruppen ist sie höher. Schon daraus können die Arbeiter erkennen, was es mit den Behauptungen von der schlechten Rentabilität auf sich hat, mit denen besonders gern die Herren der vorstehenden Industriegruppen operieren. Mit den hier erzielten Gewinnen vergleiche man die erbärmlichen Löhne, die Mischnutzung gegenüber den Forderungen der Arbeiter in bezug auf Schutzeinrichtungen für Gesundheit und Leben. Bescheidene Lohnforderungen, die Schaffung von anständiger Wascheinrichtung, von den hygienischen Anforderungen entsprechenden Aborten, die Anlage von zweckentsprechender Ventilation und vergleichbaren Anlagen, bei denen es sich meist nur um hundert, höchstens um tausend Mark handeln kann, werden abgelehnt, sehr oft mit der Begründung, das Unternehmen rentiere sich nicht genug, um die Auslagen erschwingen, ein paar Pfennige Lohn mehr zahlen zu können. Um zu zeigen, wie wenig berechtigt solche Sparsamkeit ist, um unsern Kollegen Material in die Hand zu geben, mit dem sie ihre indifferenten und verdummten Arbeitsgenossen aufzufüllen können, die sich von den Beamten das Märchen aufzufinden lassen, die Industrie müsse zugrunde gehen, wenn sie höhere Löhne zahlen würde, geben wir noch die folgende Übersicht. In dieser ist für eine Reihe Gewerbearten die Summe des dividendenbezüglichen Kapitals sowie des Reingewinns und die Dividende in Prozent der ersten Summe zusammengefasst:

	Zahl Gesell- schaften	Kapital in 1000 M.	Rein- gewinn in 1000 M.	Divi- dende in Prozent
Leicht- u. Seifenfabriken usw.	20	47 488	5 668	8,4
Zuckerfabriken	61	74 522	6 377	8,6
Papierindustrie	94	107 393	12 250	11,4
Ziegeleien, Ton-, Schiven- stein-Fabriken usw.	112	59 180	6 230	10,5
Kalk-, Mörtel-, Cement- und Gipswerke	99	149 991	16 457	11,0
Chemische Großindustrie	90	181 550	23 361	12,9
Sprengstoff- und Bündwaren	27	51 095	7 872	15,4
Garn- und Webmaterialien	20	94 590	25 168	26,6

Es sind, wie die Zahlen darin, gerade die gesundheitsförderlichen Industrien, die für den Kapitalisten die größte Rente abwerfen. Wo das Leben der Lohnslaven am schnellsten ruiniert wird, da wächst am üppigsten die Dividendenpflanze. Hier ist aber auch das Scharfmachertum zu Hause, hier wird mit den brutalsten Mitteln die Arbeiterorganisation bekämpft. Warum das geschieht, liegt auf der Hand. Die Dividendenhabsücker wollen sich von ihrem milhelosen Gewinn nichts abtrennen lassen — freiwillig geben sie natürlich erst recht nichts —, daher die Versuche, durch Drohungen, Gründung gelber Vereine, Werkfesten und sonstigen Klubtim die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Da muß ein jeder denkende Arbeiter die Absicht merken und entgegengesetzt handeln. Hinein in die Organisation, damit von der überreichen Segenfülle, die sich auf die Rentenbezieher ergiebt, wenigstens ein Teilchen auf den ürmlichen Tisch derer fällt, die den Reichtum schaffen, dabei aber oft genug nicht so viel an Lohn erhalten, um sich selbst und ihre Familienangehörigen ordentlich zu ernähren.

Leider stehen keine statistischen Angaben zur Verfügung, nach denen sich ermitteln ließe, wie groß die Zahl der von den Aktiengesellschaften beschäftigten Arbeiter ist. An solchen Berechnungen würde man zeigen können, wie hoch die pro Arbeiter herausgewirtschaftete Gewinnsumme ist. Dass sich da bei einzelnen Gruppen ganz extreme Sätze ergeben, das mag an einer Berechnung, die allerdings nicht ganz genau sein kann, aber dem tatsächlichen Verhältnis sicher sehr nahe kommt, gezeigt werden. Nach der letzten Berufszählung — Juni 1907 — wurden in der Industrie der Farbenmaterialien 80 936 Erwerbstätige gezählt — Selbständige, Angestellte und Arbeiter. Es ist nicht anzunehmen, daß die ganze Industrie von Aktiengesellschaften beherrscht wird, denn es sind 1221 Selbständige gezählt worden, die Zahl der Gesellschafter beläuft sich aber auf nur 20. Berechnen wir trotzdem alle Erwerbstätigen auf die Aktiengesellschaften, dann erhalten wir dieses Resultat:

Erwerbstätige	Reingewinn überhaupt in Mark	Reingewinn pro Erwerbstätiger in Mark
30 936	25 168 000	810

Also ein Reingewinn von 810 Mark pro Kopf, wenn man Selbständige und Angestellte mit einrechnet! Das ist mehr, als mancher Arbeiter als Jahresverdienst erzielt. Wenn die Löhne um 200 Mark heraufgesetzt würden, dann könnten die Arbeiter immer noch kein Hertenleben führen und die Rente für das Kapital bliebe immer noch weiterhin hoch. An der unglichen Verteilung sind die Arbeiter leider zu einem guten Teil selbst schuld. Sie werden nur dann einen größeren Anteil von dem Ertage ihrer Arbeit erlangen, wenn sie dafür in starken Organisationen kämpfen. Um dahin zu gelangen, muß die Parole lauten: Hinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

### Die Angst der Steuerräuber.

Die Zentrumskirchen werden bange. Die volksverrätherische Steuerpolitik ihrer Führer ist selbst in den schwärzesten Winkeln Deutschlands bekannt geworden und die so lange gegängelten und so oft verhönte astrologischen katholischen Arbeiter sehen ein, daß sich der Bock besser zum Gärtner eignet als das Zentrum zur Arbeiterpartei. Überall gärt es; die Zentrumssredner in Versammlungen werden oft hart hergenommen, zuweilen sogar niedergeschrien. Die christlichen Gewerkschaften aber spüren die Folgen des Arbeiterverrats ihrer Führer am Rückgang ihrer Mitgliederziffern. Nicht nur im Zentrumslurm, sondern auch in dem minder starken Bau der christlichen Gewerkschaften knistert und bricht es.

Die Gefahr hat nun die Schwarzen aufgerüttelt. Sie besinnen sich auf das alte Sprichwort, das der Hieb die beste Parade ist, und wollen demgemäß handeln. Das Zentrum will einen allgemeinen Kampf gegen die Sozialdemokratie eröffnen, weil sie hofft, im Getümmel dieses Kampfes den Schrei der Verratenen zu ersticken. Der Volksverein für das katholische Deutschland hat in einem Rundschreiben an seine Vertrauensleute diesen Kampf angeläufigt, und die „Westdeutsche Arbeiter-Ztg.“ hat ihn sofort aufgenommen: „Katholische Arbeiter! Kollegen! Geht auf der ganzen Linie zum Angriff vor! Stellt die Sozialdemokraten! Fegt den Stier bei den Hörnern!“ also trompetet sie in die Lände. Aber sie ruft nicht nur zum Kampfe, sie liefert auch die Waffen. Die ganze Nr. 42 des Blattes ist angefüllt mit Artikeln, in denen der Wahrheit das Fell über die Ohren gezogen wird, um die Reinheit und Arbeiterfreundlichkeit der Zentrumspartei zu beweisen. Alle jesuitischen Kniffe und Pfiffe sind verworfen, alle irreführenden Zahlen, die im Laufe der letzten Monate in München-Gladbach und andern Verdrehungszentren auf den Markt geworfen wurden, sind zusammengefaßt; alte und neue Lügen marzipieren auf, die geheimsten Falten des Bitschensacks sind ausgeräumt, und trotzdem:

„Des Gewandes üppige Fülle deut kaum zur Hälfte die Zeichen

„Der Höle: den klümenden Stein, den Bockfuß, der Hörner gebogenes Paar.“

Und die mutigen Zentrumskritiker werden, wenn sie mit den von der „Westdeutschen“ gelieferten Waffen in die politische Arena treten, erkennen müssen, daß man ihnen stumpfe Kinderstäbe statt Damaszenerklingen in die Hand gegeben hat. Es ist deshalb auch überflüssig, an die Widerlegung der christlichen Behauptungen Raum zu verschwenden. Die Arbeiter spüren die Folgen der Zentrumspolitik am eigenen Leibe zu deutlich, als daß sie sich mit dem schmugeligen Schaum München-Gladbachs Verdrehungen einseifern ließen.

Ein recht heiteres Malheur passierte vor wenigen Tagen der „Augsburger Postzg.“ Während im Hauptblatt die Redaktion im Schweife ihres Angesichts sich abmüht, zu beweisen, daß das Zentrum mit der Reichsfinanzreform gleichsam eine hohe patriotische Pflicht erfüllt habe, ist in ihrer Beilage „Ratgeber für Haus- und Forstwirtschaft“ das Folgende zu lesen:

„Sparen, sparen! Das wird nunmehr infolge der außerordentlich hohen Steuern die Bevölkerung in jedem Haushalt sein. Noch niemals ist die Steuerfräude so angezogen worden wie jetzt. Die Preise für Lebens- und Genussmittel steigen derart ins Unerhörliebe, daß den Haushalten die Augen übergehen. Da heißt es von nun an rechnen mit Heller und Pfennig, jeden Groschen zehnmal in der Hand umdrehen, ehe er ausgegeben wird.“

Ganz recht, und ausgerechnet das Zentrum hat die Steuerfräude so scharf angezogen. Darüber helfen alle Sophistereien nicht hinweg.

Noch ein anderes soll hier herborgehoben werden. In dem oben schon erwähnten Rundschreiben des Volksvereins an seine Vertrauensleute heißt es:

„Sodann ist eine große Vertrauensmännerversammlung einzuberufen, zu der solche Arbeiter eingeladen sind, die auf dem Boden der Zentrumspartei stehen und in den Arbeitervereinen, den christlichen Gewerkschaften, im Volksverein und in der Zentrumspartei in hervorragendem Maße tätig sind. Diese Vertrauensmännerversammlung hat die nachfolgenden großen Arbeiterversammlungen in allen Teilen gut vorzubereiten“ usw.

Es ist zwar allgemein bekannt, daß die christlichen Gewerkschaften sich im Schlepptau des arbeiterfeindlichen Zentrums befinden und daß die in den Gewerkschaften in hervorragendem Maße tätig sind. Diese Vertrauensmännerversammlung hat die nachfolgenden großen Arbeiterversammlungen in allen Teilen gut vorzubereiten.

Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die älteren Produktionsweisen wesentlich konservativ war.

Die Kreise sind immer nur momentane gewaltsame Eruptionen, die durch die Widerstände, gewaltsame Eruptionen, die das geleide Gleichgewicht für den Augenblick wieder herstellen.

Karl Marx. Das Kapital.





Die Betriebsleitung versucht die Arbeiter durch Wohlfahrtskunst zu stützen, wonach dem Arbeiter nach genügender Ausbeutung seiner Arbeitskraft eine Unterstützung winkt, das heißt, wenn er nicht vorher auf Grund des Ausnahmegesetzes für Maschinenarbeiter (Arbeitsordnung) seinen Lauspaß erhalten hat. Leider gibt es auch hier eine ganze Anzahl Arbeiter, welche diese Wohlfahrtseinrichtungen preisen, trocken sie von den Unternehmern nur deshalb geschaffen wurden, um willige und billige Ausbeutungsobjekte zu erhalten. Mancher Arbeiter sieht in seiner Blindheit nicht, daß ihm die gewerkschaftliche Organisation viel mehr Nutzen bringen würde, als diese Wohlfahrteinrichtungen. — So, wie die Verhältnisse hier liegen, sind sie fast überall im Reiche in diesem Berufe. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage für die Arbeiterschaft in den Industriien ist erst dann möglich, wenn die Interessensfeindschaft verschwunden und dafür der Gedanke der Organisation bei den Arbeitern Einzug gehalten hat. Die Furcht der Arbeiter, in der Fabrik die Arbeit zu verlieren, muß schwanden und das ist die Überzeugung, daß jeder einzelne an dem stolzen Bau der Organisation mitzuverantworten hat zum Wohl seiner selbst und seiner Mitmenschen. Und was dem einzelnen nicht gelingt, das wird der Gesamtheit gelingen, wenn der feste Willen aller vorhanden ist.

## Ab. Linke.

**H. Heilbronn.** Die Gießereifabrik Heilbronn, A.-G., hat im Geschäftsjahr 1908/09 einen Bruttogewinn von 429 356 Ml. erzielt. Hieran werden 50 680 Ml. für Abschreibungen verbraucht. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre sorgenswerte Arbeit 45 337 Mark an Rentenmen. Ein Gratulation und Beiträge zur Unterstützungsliste sollen 38 000 Ml. verwendet werden. Wie diese Gratulation und diese Unterstützungsliste aussehen, oder wie wen und wann davon etwas abhängt, ist den dortigen Arbeitern unbekannt. Die Aufsichtsräte erhalten den noch übrig bleibenden Rest in Form von 10 Prozent Dividende. Außer der Rübenkampagne, wo circa 200 Arbeiter beschäftigt sind, ist die Zahl der Arbeiter circa 120. Der Bruttogewinn auf die Mitarbeiter umgelegt ergibt die nette Summe von 3577 Ml. pro Arbeiter und Jahr. Leider war es der Organisation noch nicht möglich, in diesen Betrieb einzudringen. Die Arbeiter stehen fast alle noch seitens der Organisation, obwohl die Lohnverhältnisse dort am schlechtesten in Heilbronn und Umgebung sind. Über gerade in diesem Betrieb sind es die Meister und Aufseher, also die Untreiber, die im christlichen Werk handeln und sich dort schrein ganz wohl befinden. Den Arbeitern der Gießereifabrik empfiehlt ich, ein Beispiel an ihren anderen Kollegen am hiesigen Ort zu nehmen, sich zu organisieren, dann dürfte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Lage erträglicher zu gestalten.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**S. Streiks und Differenzen bestehen in:** Bramsche (Tafelzfabrik), Bremen (Petroleumraffinerie), Lauterburg (Biegelarbeiter), Leipzig (Vorstand, Buchdrucker), Tangermünde (Gießereifabrik), Braunschweig.

Bislang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

**Tangermünde.** In der Gießereifabrik von Fr. Meyer u. Sohn war es seit Jahren üblich, bei Beginn des Herbstes die Löhne um 10 Prozent zu senken. Dieses Jahr nun wollte die Firma noch ein übriges tun. Sie kürzte nicht nur allgemein den Lohn um die 10 Prozent, sondern reduzierte auch noch fast sämtliche Altkordförsse, zum Teil ganz erheblich. Diese doppelte Schur zu ertragen, fügt aber den Arbeitern unmöglich. Als am 20. Oktober der Lohn zu den herabgesetzten Altkordförsen ausbezahlt wurde, wuchs die Empörung darunter, daß am Donnerstagmorgen fast die ganze Tageszeit den Antritt der Arbeit verweigerte. Im Laufe des Tages erklärten sich dann fast noch alle festgebliebenen Arbeiter mit den Ausgetretenen solidarisch, so daß von den ca. 2000 Beschäftigten 1600—1700 im Ausstand waren. Und zwar waren nicht nur die in den freien Gewerkschaften organisierten, sondern auch die Mitglieder der politischen Gewerkschaften und die Unorganisierten, ja sogar die Mitglieder der katholischen Fachabteilungen ausständig. Sofort von der Bandeitung eingeleitete Verhandlungen verließen zwar am ersten Tage reulos, führten jedoch Sonnabend zu einer Vereinbarung auf folgender Grundlage: Der sogenannte Winterabzug von 10 Prozent, der bisher alljährlich vorgenommen wurde, soll weg; die gefürchteten Altkordförsen wurden teilweise wieder erhöht. Sämtliche Arbeiter werden spätestens Mittwoch, dem 27. Oktober, wieder eingestellt; es finden weder Maßregelungen noch jüngste Senatsbeschlüsse einzelner wegen Teilnahme am Ausstand statt. Das Koalitionstrekt wird in keiner Weise eingeschränkt. Einige weitere Verbesserungen wurden außerdem zugesprochen. In Anbetracht der Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Beschäftigten teils gar nicht, teils erst sehr kurze Zeit organisiert waren, befleholen die Arbeiter mit sehr großer Weitheit, die Arbeit zu den vereinbarten Bedingungen am Montag, dem 25. Oktober, wieder anzunehmen. — Es wäre zweifellos möglich gewesen, die Abzüge gänzlich abzutrennen, wenn die Organisation gefestigt und gefestigt gewesen und nicht so untermittelt vor den Kampf gestellt worden wäre. Es steht zu hoffen, daß die Arbeiter aus dem Verlauf der Bewegung die Lehre ziehen, daß man rüsten muß, bevor man in den Kampf zieht.

**Breslau.** Der auf der Gießereifabrik ausgebrochene Streik ist zugunsten der Arbeiter beendet.

## Korrespondenzen.

**Reichen.** Am 16. Oktober tagte im großen Saal der Geipelburg unter Mitgliederversammlung. Zum 1. Punkt sprach Kollege Spiegel über Stand und Nutzen der Tariffrage. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde über einen Antrag der Ortsverwaltung diskutiert, der besagt, den Tarifbeitrag von 5 Pf. auf 10 Pf. zu erhöhen. Der Antrag wurde nach längerer Diskussion mit überwogender Mehrheit angenommen und soll den 1. November in Kraft treten. Die Kollegen und Kolleginnen waren einstimmig geneigt, um zu begreifen, daß der Tarifbeitrag in der jetzigen Höhe nicht bleiben könnte, sondern auf 10 Pf. erhöht werden müsse. Durch die Steuerpolitik, die in dem jetzigen Reichstag wieder von den bürgerlichen Parteien getrieben werden, hat der Arbeiter alles verloren, was er jetzt zu machen durch Erhöhung seines Gehaltens. Große und schwere Kämpfe werden durchzuführen sein, denn ohne weiteres gibt der Unternehmer nichts. Die Kollegen und Kolleginnen haben das nun beglossen, hoffentlich wird für die jetzt geringe Widerheit diplomatisch zeigen und sich dem Ergebnis der Abstimmung freuen.

**Coburg.** In Coburg von Richter u. So., hier, wäre das Ergebnis der Abstimmung höchst notwendig. Seit der Tag von ungefähr 2,50 Ml. bei sechzehntiger höherer Arbeit läßt ein Einzelner erheblich erwerben. Aber auch sonst liegt dieses im Auge. So besteht kein Zweifel, daß die Arbeitnehmer bei jedem Betrieb die Brots am Arbeitsplatz verlieren. Auch die Steuerabstimmungen lassen zu mindesten ahnen. Zuletzt wurde einem Schreiber bei der Arbeit angedroht, im Falle würde er von seinem Arbeitgeber entlassen werden, er wäre sonst, eben weil entgangene Steuerabstimmungen freien, in die Säge gefallen und unentfernt geblieben. Wenn die Arbeiter dieses Bestrafes für den Betrieb entgehen würden, könnte dieses geschehen werden.

## Rundschau.

**Die ausländischen Arbeiter in Deutschland.**

Während die Ausländer die Einwanderung aus Deutschland von 191 290 oder 336 von 160 000 Einwanderern im Durchschnitt der Jahre 1881—1900 auf 16 950 oder 32 pro 100 000 Einwanderer im Jahre 1909 — also ganz beträchtlich — zurückgegangen ist, wuchs die Einwanderung ausländischer Arbeiter nach Deutschland in ganz erstaunlichem Maße. Der Ausländerberichter Dr. B. Eder er-  
gibt, daß die Ausländer in diesem Berichtsjahr, den er am 17. Mai b. C.

auf der Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine gehalten hat. (Der Arbeitsmarkt, Berlin 1909 bei Buitthamer u. Möhlbrecht) und in dem er die Ergebnisse der Ausländerlisten, die von den preußischen Landratsämtern geführt werden, veröffentlicht. Danach betrug die Zahl der ausländischen Arbeiter in Preußen in den Jahren 1905 bis 1908:

	Rußland	Österreich	Italien
1905:	124 000	182 000	64 000
1906:	143 000	253 000	89 000
1907:	158 000	314 000	116 000
1908:	184 000	342 000	106 000

  

	Belgien	Holland	Sonstige	Insgeamt
	Zänder	Zänder	Zänder	Zänder
1905:	5 000	?	78 000	454 000
1906:	6 800	77 300	35 800	605 000
1907:	7 900	99 300	38 000	733 000
1908:	7 600	104 000	37 700	780 000

Im Jahre 1905 stand die Holländer unter den "sonstigen Ländern" rubriziert. Von den 780 000 ausländischen Arbeitern im Jahre 1908 waren 471 000 Industriearbeiter und 309 000 Landarbeiter. Österreich-Ungarn (Galizien) und Russland liefern die meisten Arbeiter. Unter den im Jahre 1907 im Allgemeinen Knappelschaftsverein in Bremen versicherten Mitgliedern fanden sich bei einer Belegzahl von 311 649 Personen 25 749 Ausländer, gegen 4293 im Jahre 1908. In der Provinz Pommern ist die Zahl der ausländischen Arbeiter von 9500 im Jahre 1900 auf 19100 in 1905 und auf beinahe 27100 in 1907 gestiegen. In den südlichen Bundesstaaten tritt die Beschäftigung ausländischer Arbeiter sehr zurück. Eine Ausnahme stellt nämlich Sachsen-Anhalt dar. Nach der heutigen Einschätzung nimmt Sachsen-Anhalt eine am 30. September ermittelte Zahl von 83 000 Ausländern gegenüber; nahezu 5 Prozent der Bevölkerung sind also Ausländer, und zwar Männer. Von diesen sind 36 000 Polen, 14 000 Franzosen, 12 000 Schweizer und 11 000 sind aus Luxemburg.

Mit den fremdländischen Arbeitern in den andern Bundesstaaten, insbesondere in Baden und Sachsen, glaubt Bodenstein die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland auf eine Million schätzen zu können. Während Deutschland vom Jahre 1871—1895 durch Wanderung fast 2½ Millionen Menschen mehr verloren als aufgenommen hat, hat sich die Reichsbevölkerung von 1895—1900 um 94 000 und im letzten Jahrzehnt um 52 000 Personen stärker vermehrt als der Geburtenüberschuss beträgt. An Stelle des Auswanderungsproblems ist in Deutschland nun das Einwandern getreten.

## Die Bitterfelder Streikbrecheragenten.

Wie ein unheilbarer Kranker, der sein Ende immer näher rückt sieht, aus Reid und Wiggum seinen Mitmenschen das Leben zu vergessen sucht, so sind die Hirsch-Dunderischen Gewerbevereine, seit sie sich ihrer chronischen Schwindsucht bewußt sind, bestrebt, den gesunden, kräftigenden freien Gewerkschaften den Aufstieg zu erschweren. Wo es in ihrer Möglichkeit liegt, sind sie schändig genug, jederzeit als Streik-, Sperr- oder Tarifbrecher zu fungieren, nur um die Folge der freiorganisierten Arbeiter zu schmälen. Besonders der Gewerbeverein der Töpfer und Ziegler mit seinem Sitz in Bitterfeld leistet darin fast Unüberträffbares. Bekanntlich hat sich der Vorsitzende dieser Streikbrechervereinigung, der "Generalstreiter" R. Lange, schon im vorigen Jahre gelegentlich des Streiks in der Neumarktischen Eisenfabrik in Giesenbrücke als Streikbrecher-Lieferant betätigt, und auch in diesem Jahre waren seine Männer bestrebt, ihren berüchtigten "Ruhm" zu erhalten. Der Hirsch zu Ende geführte, ca. 9 Monate währende Abwehrkampf der Töpfer in Königsberg i. Pr. verdankt seine Hartnäckigkeit hauptsächlich dem Bitterfelder Streikbrecherbüro. Im Herbst des vorigen Jahres fündigten die Unternehmer den Töpferarzt, um den Arbeitern mit Hilfe der Kreise einen verschleierten Tarif aufzuzwingen. Die Hirsch-Dunderischen Töpfer, die größtenteils bei der von dem freien Töpferverband gesperrten Firma Bonn unter Tarif arbeiten, nahmen den verschleierten Tarif widerstreitlos an, während die freiorganisierten Töpfer am 1. Januar 1909 in den Abwehrstreik eintraten. Damit eröffnete sich für die Bitterfelder Zentrale ein willkommenes Betätigungsgebiet. In dem Gewerbevereinsorgan wurde die Streikbrecherlieferung nach Königsberg offen befürwortet, und eine Anzahl Berliner Hirsche sind diesem Ruf auch gefolgt. Arbeitsslose Hirsche, die in Arbeitslosenunterstützung einzutreten, wurde diese verweigert, man wies ihnen einfach Arbeit in Königsberg nach. So sehr sich auch einzelne Hirsche gegen diese ehrlose Zunutung wehrten, die Zentralleitung behauptete, daß für sie kein Streik in Königsberg bestehen. Trotz dieser Verirrteien gelang es den Streikenden doch, den Sieg an ihre Fahne zu hängen. Die Unternehmer wurden gezwungen, den alten Tarif wieder einzuführen, bis neue Vereinbarungen getroffen sind. Den Hirsch-Dunderischen Streikbrechern wurde eine Galgenfeier von drei Wochen gewährt, nach deren Ablauf haben sie die Stätte ihrer traurigen Tätigkeit zu verlassen. Nach alter Gewohnheit suchen nun die Hirsch-Dunderischen Vereinsblätter die Wahrheit zu vergewaltigen, indem sie die vorstehenden Tatsachen als Schwindel bezeichnen. Wer aber zum Arbeiterverrat fähig ist, der ist auch zu allem andern reif, und danach möge man das Schädel der Hirschen, des wirtschaftlichen Schlachtfeldes vertreiben.

## Der Mord der Streikbrecher.

Beim Streik der Bellaloibarbeiter in Nürnberg ist der Genosse Wendler, einer der Streikenden, von Streikbrechern durch verdeckte Messerstiche ermordet worden. Der uns vorliegende Bericht lautet: „Der 46jährige ledige Drechsler Heinrich Wendler aus Feucht, zuletzt in Nürnberg wohnhaft, Streikender der Fabrik von Gebrüder Wolff, wurde heute früh 5½ Uhr am Hallertor mit Schlägen in der Lunge, in der Leber und durch die Wangen mit Verlebungen an der Zunge aufgefunden. Er wurde nahezu pulslos in das städtische Krankenhaus gebracht, dort um 7 Uhr operiert und ist vor 9 Uhr seinen Verlebungen erlegen. Der Führer der Streikbrecher, Gösner, wurde als der Tat verdächtig heute vormittag aus dem Wolfsbächen-Betriebe heraus verhaftet.“

Heute und brutal, pochend auf den ihnen in jeder Beziehung zugelassenen Schutz der Behörden, ausgerüstet mit der gemeinen Gewissensbisse, die Verdächtigen eigen ist, hat man mit böslicher Rücksicht den um sein Menschenrecht kämpfenden Arbeiter zerstört und ihn dann hilflos verblieben lassen.

Wir erinnern uns, daß vor gar nicht langer Zeit auch der Genosse Fleischmann der Kugel eines Streikbrechers zum Opfer fiel. Es ist eine blutige Saat, die auf dem Felde des Klassenkampfes gesetzt wird und diese Saat bringt Früchte, die den Schuhherren der Streikbrecher mehr als unangenehm sind. Wer Wind hat, wird Sturm ernten!

## Verbandsnachrichten.

Vom 19. Oktober ab gingen bei der Hauptstelle folgende Beiträge ein:

Stendal 131,88. Lübeck 1192,56. Dresden 800,— Altenburg S.-A. 782,60. Brandenburg a. d. H. 554,50. Halberstadt 372,06. Werder a. d. H. 366,24. Tilsit 300,— Pölzig 286,29. Bütow 238,70. Herzberg a. d. H. 126,65. Holzminden 130,38. Kreisfeld 128,16. Lemgo 62,— Goldberg i. Sch. 47,46. Gr. Beelitz für die Schweden 7,10. Oppau 2,50. Maudach 2,— Hamburg 7220,77. Heilbronn 1783,95. Harburg 800,— Frankenthal 500,— Salzwedel 466,88. Müslau 414,92. Osterberg i. M. 397,24. Altenstedt 355,49. Böhl 234,12. Schwibus 179,87. Rathenow 95,80. Goslar 92,94. Uetersen 30,— Halberstadt 26,76. Rothen 28,95. Erfurt 70. Benja 10,10. Miesbach 970,40. Meldorf 363,60. Brandenburg 262,60. Sonnenberg 206,26. Malente 201,22. Stöcken 71,20. Boizenburg 38,04. Bonn 13,32. Frankfurt a. M. 2,50. Alsfeld 1,50. Hameln 189,48. Erlau 209,91. Straßburg i. E. 180,05. Lauterbach i. B. 114,— Dorf 101,02. Mühlberg 92,58. Sulzau 57,16. Bölkow 50,80. Dietrichheim 21,76. Nordhausen 82,66. Elrich 41,15. Hohn 305,14. Apolda 299,70. Grabow 74,16. Bützow 59,82. Quedlinburg 4,— D. 8.— Leipzig 800,— Bünstadt 549,80. Frankenthal 512,39. Hirschberg i. Sch. 440,66. Königsberg i. Pr. 400,— Plauen 221,64. Königslutter 178,52. Stadtoldendorf 150,— Schwenningen 104,36. Lüdermünde 89,54. Güstrow 68,04. Lauban 61,02. Vorw 34,92. Kempen 30,19.

Schluß: Montag, 25. Oktober, mittags 12 Uhr.

Jr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1909 haben ein-

gesetzt:

Breslau, Kiel, Stendal, Lübeck, Wilster, Herzberg, Maudach, Kreisfeld, Neuhof a. Oder, Groß-Beelitz, Roslau, Wolfenbüttel, Bütow, Oederan, Pölzig, Halberstadt, Lemgo i. Lippe, Oberndorf, Goslar, Grevesmühlen, Goldberg, Holzminden, Bösen, Osnabrück I, Schwibus, Brandenburg, Elbing, Landsberg, Muslau, Frankenthal, Elmshorn, Erfurt, Wartha, Marktstädt, Obersalz, Ronberg, Grabow i. M., Heilbronn, Hamburg, Harzburg, Malente, Stadtilm, Treuenbrietzen, Welsdorf, Penzig, Brandenburg, Bonn, Hameln, Stuttgart, Nordhausen, Elrich, Sonnenberg, Schwan, Rötha, Sülzau, Salzwedel, Miesbach, Dietrichheim, Bölkow 61,02, Lauban 61,02, Vorw 34,92. Kempen 30,19.

Schluß: Montag, 25. Oktober, mittags 12 Uhr.

Jr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1909 haben ein-

gesetzt:

Breslau, Kiel, Stendal, Lübeck, Wilster, Herzberg, Maudach, Kreisfeld, Ne

# Beilage zum Proletarier.

Nummer 44.

Hannover, 30. Oktober 1909.

18. Jahrg.

## Aus der chemischen Industrie.

### Deutsche Kaliarbeiter unter amerikanischer Kapitalistenherrschaft.

Der Ausschwung der deutschen Kalifabriken in den letzten zehn Jahren ist den Lesern des "Proletariers" bekannt. Man hat in den Kalisalzen nicht bloß ein wertvolles Düngemittel, sondern auch einen wichtigen Rohstoff für die chemische Industrie entdeckt. Die Fabrikation von Soda, Chloralkali, Magnesia, Kaliumsulfat u. a. arbeitet mit Kalisalzen, oder auf Kalisalze als Kraft der Produktion. Nicht bloß der direkte Kalibergbau, sondern auch die größten chemischen Fabriken Mitteldeutschlands, die Deutschen Solvay-Werke in Wernigerode, die Vereinigten Chemischen Fabriken Leopoldshall und ähnliche Unternehmungen mit insgesamt Beauftragten von Arbeitern sind an der Kalifrage ausschließlich interessiert und waren deshalb von jeher hervorragende Mitglieder des Kalisyndikats, der Verkaufsvereinigung deutscher Kaliproduzenten. Die Solvaywerke z. B. sind mit rund 30, die Leopoldshaller Fabriken mit rund 20 Tausendstel an dem Gesamtabzugs des Kalisyndikats beteiligt. Die Kalisalze werden fast ausschließlich in Deutschland um Frankfurt herum gewonnen. Die Bergmännische Förderung beträgt zurzeit rund 6 Millionen Tonnen, die fabrikmäßige Herstellung aus Lösungen mit chemischen Nebenprodukten rund 600 000 Tonnen, und der Wert dieser Warenmenge ist circa 120 Millionen Mark. Die mit der Gewinnung von Kali beschäftigte deutsche Arbeiterzahl befreit sich auf mindestens 30 000 Köpfe. Einzelne der größten Werke, wie Sollstedt und Aschersleben, haben aus kapitalistischen Gründen, auf die wir nachher zurückkommen, in den letzten Monaten eine starke Vermehrung ihrer Arbeiterzahl vorgenommen. Umgekehrt können die Verminderungen, denen die Kalifabriken unterliegen, plötzlich sehr erhebliche Arbeiterentlassungen bringen. Unsre Verbündeten legen also sehr stark an den Vorgängen in der Kalifabrik interessiert. Worin bestehen diese nun?

Die gesamte deutsche Erzeugung und der Abzug von Kali sind seit Ende der neunziger Jahre kapitalistisch organisiert. Im sog. Kalisyndikat. Etwa 60 Werke und Fabriken, mit den preußischen Staatsbergwerken für Kali an der Spitze, haben sich vereinigt und nicht die Preise, sondern nur die Produktion beschränkt, um die Preise möglichst hoch zu treiben. Der Abzug des gesamten deutschen Kalis geht durch ihr Verkaufsbüro. Dieses Bureau verteilt die Bestellungen auf die kartellierten Werke nach Prozentsätzen, die für jedes Werk verbindlich sind. Für einige beteiligte chemische Fabriken wurden oben schon ihre Anteile gänzlich genannt. Der preußische Staat ist mit beinahe 60 Tausendsteln am Abzug interessiert. Infolge der Preistreiberei des Syndikats, dem es zuletzt gelang, die Verkaufssumme pro Tonne auf über 140 M. zu steigern und damit die Anteilscheine an Kalibergwerken zu einem der begehrtesten Spekulations- und Anlagepapiere für Kapitalisten zu machen, vermehrte sich die Zahl der neuen Bohrungen nach Kalisalz, der Schächte und Gründungen in der Kalifabrik ganz ungeheuer, und anderseits wurden die geschäftigsten Abnehmer für Kalisalz immer unwilliger und begehrlicher, in die Kalifabrik einzudringen und sich direkt zu versorgen, was man ihnen durchaus nicht ablehnen kann. Anderseits wurden die ganz verschiedenartigen Interessen der großen und kleinen, der älteren und jüngeren Kalizerzeuger im Syndikat immer gegenseitiger und daher immer bereiter, bei sich bietender Gelegenheit die Organisation des Kartells zu sprengen. Beide Entwicklungstendenzen haben nun jetzt beim Abschluss des Syndikatvertrags so zusammengebracht, daß sie die bisherige einheitliche Organisation zerstören und zum Teil sehr mächtige neue Herren in die deutsche Kalifabrik brachten.

Die deutschen Agrarier, die mit den hohen Preisen und Profiten des Kalisyndikats eine Zeitlang durch hohe Rendite versorgt wurden, drangen bemannt voriges Jahr durch ein vom Bund der Landwirte erworbene Kaliwerk in den Kreis der Kalimillionäre ein. Aber noch viel großartiger operierten die Amerikaner, die wegen ihres durch Raubbau erschöpften landwirtschaftlichen Bodens mit gewaltigen Kaufmengen ebenfalls auf das deutsche Kali angewiesen sind. Ihr Interesse an den Preis- und Abzugsverhältnissen des deutschen Kalimarktes ergibt sich aus folgenden Ziffern. Der Abzug des Kalisyndikats im Jahre 1908 betrug in Chloralkali 2 885 243 Doppelzentner; davon wurden abgezogen in Deutschland 1 052 805 D.-Z., in Nordamerika 1 040 476 D.-Z., also über ein Drittel des Gesamtabzuges. Der Abzug des Syndikats in dem Hauptprodukt, in Kainit und Sylvin, betrug in dem Jahre 1908 23 883 811 D.-Z., davon gingen nach Deutschland 16 135 562 D.-Z., nach Nordamerika 3 613 218 D.-Z. und nach dem gesamten übrigen Ausland 4 135 031 D.-Z.; hierbei ist zu berücksichtigen, daß infolge der wirtschaftlichen Depression die Zahlen für Amerika in 1908 geringer sind, als in 1907, und, bis jetzt, in 1909. Kurz — die nordamerikanischen Kaliinteressenten mußten bei den hohen Preisen, die ihnen die Profitorganisation der deutschen Kalikapitalisten abzwang, suchen, in diese Organisation einzudringen und sie zu zerstreuen. Und dazu bot ihnen wieder die Profitjäger der größten deutschen Kali-kapitalisten willkommenes Geschäft.

Was das Syndikat die Kali-preise schrauben und hochhalten wollte, mußte es suchen, die Produktion nicht übermäßig anschwellen zu lassen. Die infolge der lohnenden Kali-preise entstandenen vielen neuen Schächte wurden deshalb samt und sonders zwar in das Syndikat aufgenommen, aber ihre Neuproduktion wurde den älteren, größeren Werken abgehoben, die ihre Erzeugung einschränken mussten, um für die Neuanlagerungen am Profitable Platz zu machen und doch eine übermäßige Abzugssteigerung zu verhindern, welche die Preise hätte werken können. Daher fortwährender Kampf der größten Kaliproduzenten darüber, daß sie zu den hohen Preisen kein Kalilager nicht viel gründlicher abbauen könnten, und daher schließlich der Berrat dieser Kapitalisten an der deutschen Unternehmer- und Profitorganisation und ihr Übergang ins feindliche amerikanische Lager.

Ein gut bürgerliches Blatt, das "Berliner Tageblatt" hat schon im März d. J. unter der Überschrift: "Amerika vor den Türen des Kalisyndikats" diese kapitalistischen Treibereien nicht über gelassen. Es schrieb bereits damals:

"Die Kalifabriken unterscheiden sich, wenn es sich ums Verdienen handelt, in gar nichts von andern Industrien. Auch darin nicht, daß sie ihre Profitmotive gern in dem wallenden Mantel nationaler Wohlstandserhalt einhüllen lassen. Schlägt man jedoch einmal den Mantel beiseite, so erbt man unter ihm das goldgleißende Kleid des Goites Rammon, der längst sein nationales Szepter mit einem internationalen vertauscht hat... Auch die Verwaltung der Kalifabrik Aschersleben läßt sich von dieser Devise leiten... Amerika ist einer der Hauptabnehmer für Kali, und wer sich in der Kalifabrik dieser Abnehmer fühlt, der ist selbst gesichert. Schmidtmann (der Hauptkapitalist von Aschersleben-Sollstedt, Begründer der Disconto-Geellschaft in Berlin) kulturiert so: Mit dem Kalisyndikat kann ich nicht rechnen, das ist ein Gebilde, durch jeden Aufstandswurm (Aufstand der "Aufständler", der nicht kartellierten Kalifabriken) ins Wasser zu bringen. Wir in Amerika aber kann und müssen rechnen. Am besten jedoch kann ich mit Amerika rechnen, wenn ich das Land, das heißt die dortigen Händler, direkt an der Entwicklung des Syndikats interessiere. Waldemar Schmidtmann, der Sohn von Hermann Schmidtmann, ist Präsident des Independent Fertilizer Trust, eines Großabnehmers der deutschen Kalifabrik. Außer Ende ist also die Reite bestiegt. Wenn jetzt der Fertilizer Trust an Sollstedt beteiligt wäre, das im Syndikat ist, so wäre die Reite auch am andern Ende bestiegt. Ob jedoch der sonst mit so profaner Enthusiasmus vertretene nationale Stand-

punkt dadurch gewahrt wird, das ist eine andre Frage. Das Land ist an einer Brüderlichkeit zu beteiligen, für die Deutschland ein Monopol hat, ist auf jeden Fall falsch. Denn es ist klar, daß die Exportbeziehungen auf der Basis eines solchen Monopols ganz anders gestellt werden können, als wenn das Monopol illusorisch gemacht wird."

So möhnte das "Deutsche Handelsblatt" noch im März. Zwischen sind aber alle seine Befürchtungen noch weit durch die Wirklichkeit übertritten worden. Nicht bloß die Kalifabrik Sollstedt-Aschersleben, sondern eine ganze Reihe deutscher Kalifabrikationsfirmen den Amerikaner ihre Türen geöffnet. Als das deutsche Kalisyndikat am 30. Juni d. J. nachts 12 Uhr wegen erheblicher Streitigkeiten der einzelnen Werke um die Abzugsanteile nicht verlängert war und eine vertragssfreie Zeit eintrat, machten die Berräter an ihren kapitalistischen Kollegen riesige Abhälften mit den im Vorraum des Berliner Verhandlungstisches wartenden amerikanischen Händlern. Diese vertreten zum Teil einen amerikanischen Nordtrust, zum Teil einen Südtrust für Düngemittel, die bisher nur zur Beteiligung an verhältnismäßig kleinen deutscher Kalifabriken hatten vordringen können, jetzt aber für ein paar Millionen Mark syndikatreie Ware, vornehmlich von dem großen Werk Westergötland, zur Hälfte des bisherigen Syndikatspreises, für 70 Mark die Tonne, laufen. Das deutsche Syndikat kann zwar eine Viertelstunde nach Mitternacht unter dem Eindruck dieser Berraterei im eigenen Lager doch noch zu stande, aber, unter Ausdruck von Aschersleben-Sollstedt und einiger seiner Verbündeten Amerikaner, zu spät und auch nur als Provision, das trockenwiger Verhandlungen seitdem nicht über den 1. Januar 1910 hinaus hat gesichert werden können. Von diesem Tage ab kann jeder Teilnehmer mit sechswöchentlicher Kündigung zurücktreten. Zwischen will man den Kampf mit den eingedrungenen Amerikanern durch Preisunterbietungen, eventuelle staatliche Zollmaßregeln und Prozesse aufnehmen, um die fremden Gäste am Profitable wieder auszutreiben oder niederkriegen und den Abzug und die Preise wieder selbstherlich regeln zu können. Ob das gelingt, ist sehr zweifelhaft. Die deutschen Kalifabriken, die mit den Amerikanern abgeschlossen, sind froh, auch bei einem um die Hälfte ermäßigen Preise ihre Produktion gewaltig vermehren zu können und haben eben deshalb jene großen Arbeitserstellungen vorgenommen, von denen wir eingangs sprachen. Die Amerikaner aber haben die billigen Preisschlüsse in der Tasche, haben außerdem die Anteilscheine großer Kalifabriken an sich gebracht und können die Kämpfmachnahmen des Syndikats mit großer Ruhe abwarten.

So wurden durch den Bank deutscher Kalifabrikanten um den höchsten Profit mächtige amerikanische Händlervereinigungen zu Herren und "Arbeitsgebern" deutscher Kalifabrikanten. Zegendein soziale Interesse an den Lebensverhältnissen dieser deutschen Kollegen haben natürlich die amerikanischen Missionäre in keiner Weise. Ob sie die von ihnen mitbeherrschten deutschen Werke und Fabriken und die in ihnen arbeitenden Leute andauernd und zu vernünftigen Arbeitsbedingungen beschäftigen, das ist ihnen völlig Nebensache. Haupfsache ist ihnen der Kampf um möglichst große Warenmengen zu möglichst niedrigen Preisen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden sie auch nicht davor zurücktreten, die Preise eine Zeitlang unter die Herstellungskosten zu drücken oder die Werke längere Zeit völlig stillzulegen oder auch die Produktion in ungeheureicher Weise mit Überstunden zu forcieren, um riesige Warenmengen auf den Markt holen und werfen zu können. Alle diese Kampfmachnahmen werden sie lediglich mit Rücksicht auf möglichen hohen Endprofit, aber ohne jede Rücksicht auf die deutlichen Kaliarbeiter treffen. Zu Gegen teil: jede ihrer Maßnahmen wird von den deutschen Kaliarbeiten durch gesteigerte Ausnutzung und Un Sicherheit ihrer Beschäftigung und Arbeitsverhältnisse bezahlt werden müssen. Die Proletarier, die gar nichts von den Reizengewinnen ihrer Herren haben, müssen mit ihrem und ihrer Familien Leben und Gesundheit auch noch die Kosten der Brotkämpfe ihrer Ausbeuter tragen. Das möchte manchen unserer Kollegen, der noch in "christlichen" oder andern Wahlvorstellungen von der "Harmonie der Interessen des Kapitals und der Arbeit" dahinlebt, stutzig machen und aufzutun, wenn wir nur ernstlich bemüht sind, diesen Leuten die internationale Zusammenhänge dieser Dinge und damit die Abhängigkeit ihres Schicksals von den erbarungslosen kapitalistischen Profitkämpfen internationaler Ausbeuter in dieser herrlichsten aller Welten" klar zu machen.

### Profitversicherung auf Gegenseitigkeit.

Im letzten Geschäftsbericht der Chemischen Fabrik Concordia zu Leopoldshall (Inhalt) befindet sich folgende interessante Stelle:

"Die Lage des Brommarktes ist noch nicht befriedigend zu nennen; wenn auch im Anfang dieses Jahres eine kleine Besserung eingetreten ist, so sind die Preise doch noch niedrig; die Chlor-magnesium-Konvention hat infolgedessen auch die Entschädigung an die Bromfabrikanten weiter zu zahlen."

Die "Konvention", von der hier die Rede ist, stellt die Organisation der Unternehmer in der Fabrikation des Chlormagnesiums dar. Und die Unternehmer dieser Branche haben Verbindungen mit den Bromfabrikanten dahin getroffen, daß sie die leichten so lange für entgangenen Profit entschädigen, bis ihre Verkaufspreise wieder eine gewisse Höhe erreicht haben. Der Sinn dieser Abmachung ist klar. Die Bromfabrikanten werden durch die Entschädigung davon abgehalten, sich auf dem Warenmarkt noch mehr zu ihrem Schaden zu unterstellen. Dadurch wird eine gewisse Hochhaltung der Preise erzielt, die dem Profit der ganzen Kalibranche zugute kommt. — Wann werden sich endlich die chemischen Arbeiter in größeren Massen ihren Lohn durch Eintritt in unsre Organisation in ähnlicher Weise gegen seitig sichern?

### Internationale Unternehmer und Arbeiter.

Nach dem Geschäftsbericht der Vereinigten Chemischen Werke, Charlottenburg, für 1908/09 hat das Glyzeringeschäft besonders günstig gearbeitet, zum Teil infolge der internationalen Preisschlüsse. Die Dividende steigt von 13 auf 16 Prozent, der Vortrag auf 120 235 M. Die Erhöhung der Umläge hat die Gesellschaft zu Erweiterungsarbeiten veranlaßt, wofür im abgelaufenen Jahre 28 575 M. a conto verausgabt wurden. So marschiert der Profit "infolge internationaler Abmachungen". Was diesen Herren Unternehmer nicht abhalten wird, sobald es ihnen in den Aram paßt, internationale Abmachungen der organisierten Arbeiter als "vaterlandslos" zu denunzieren.

### Kapitalkonzentration im chemischen Gewerbe in Basel.

Aus Basel wird uns geschrieben:

Vor ungefähr einem Jahr traten die beiden Basler chemischen Fabriken, Gesellschaft für chemische Industrie und die Firma Bader'sche chemische Fabrik zu einer Fusion (Verteilung) zusammen. Das dies Ereignis an der übrigen chemischen Fabrikanten am Platze nicht achlos vorübergehen konnte, d. h. diese zum Aufsehen erstaunlich mügte, war für jeden einfältigen Menschen klar. Wurden doch die beiden vorher einzeln schon gefürchtet, nur zu einem Unternehmen vereinigten Rivalen auf dem Markt für sie in Zukunft noch viel gefährlicher, als dies schon ehemals der Fall war. Und ja ist es denn auch kein Wunder, wenn jetzt auch andere Firmen unter Preisgabe ihrer früheren Selbständigkeit sich ein Plätzchen an der Börse zu suchen suchen und sich zu diesem Zwecke mit den beiden ersten Firmen ebenfalls fusionieren. So geht gegenwärtig ein Grund um, nach dem in nicht allzuferner Zeit die heisige chemische Fabrik Anticard und Extraktfabrik vom Joh. Rud. Geigy und Co. ebenfalls in eine Fusion mit den beiden ersten Firmen einzutreten werde. Sollte sich das Gefüge zur Tatsache verdichten, was wir bei den

gegenwärtigen Konzentrationsbestrebungen im chemischen Gewerbe überhaupt nicht bezeichnen, dann wird man versucht werden, die Frage aufzuwerfen, was nun die übrigen am Platze noch nicht fusionierten Firmen tun werden, denn mit dem Anschluß der Firma Geigy an die zwei erstgenannten wären schon die drei größten Firmen am Platze fusioniert, wollen sie von der Konkurrenz nicht erdrückt resp. ausgeschlossen werden. Wollen sie also nicht befehlt gehoben werden, dann bleibt ihnen eben auch nichts andres übrig, als, falls dies nicht auch schon im Gange sein sollte, sich unter sich ebenfalls zu fusionieren, oder aber sich der bereits bestehenden Fusion anzuschließen. Das dadurch an Stelle der früheren losen Verbindung der Fabrikanten unter sich ein mächtiges festgefügtes Kartellgebilde entstünde, welches für die Beteiligten nach verschiedenen Seiten hin gewaltige Vorteile bringen würde, ist ebenfalls klar.

Die Erfahrung lehrt uns, daß solche Kartellgebilde einmal weniger zur Steuer der Konkurrenz oder zur "Regelung" der Produktion im Interesse des Allgemeinwohls gegründet werden, sondern vielmehr, einmal vollzogen, mehr als eine Revolution gegen die Konkurrenten und die "begierige" Arbeiterschaft gerichtet, betrachtet werden müssen. Daß sie dabei jetzt wenigstens bei den noch unvollkommenen Organisationsverhältnissen der Arbeiter Glück haben, kann nicht bestritten werden. Aber nicht nur die unvollkommenen Arbeiterorganisationen allein, sondern ganz besonders die Produktionszentren. So kommt ihnen dabei sehr gut zu statten. Um dies konstatieren zu können, brauchen wir aber nicht erst nach dem Auslande zu gehen, sondern wir haben in unserm engeren Schweizerlande hierfür selbst schon Belege. Beispiel: die schweizerische Bauindustrie und die Cibaunion. Nur ein Beispiel aus dem Auslande (Amerika) Wishy-Trust (Grimm, "Unternehmensberichte, Statistik und Trusts", Preis 20 G.). Bis vor einigen Jahren bestanden dort 80 einzelne Destillationen. Nachdem der Trust gebildet war, wurden sofort 68 Betriebe geschlossen, also für immer stillgelegt und die betreffenden Arbeiter entlassen. Diese konnten sehen, was aus ihnen wurde. Darum kümmerten sich die Kapitalisten nicht, die Haupfsache bei ihnen war, daß ihnen nachher der Profit noch reichlicher in ihre Taschen floß, als vordem. Der gleiche Verlust wurde in den noch übrigen 12 Fabriken bedekt. Wie ist das möglich? fragt man sich. Nun, weil in den verbleibenden Fabriken bei angestrengtester Arbeit und unter Buhlschaften der besten, technisch verbesserten Maschinen produziert wird. — Was sich nun dort vollzog, kann in der chemischen Industrie in Basel auch eintreten.

Wenn wir uns nun mit der sich vor unsern Augen vollziehenden Vertrübung in der Basler chemischen Industrie beschäftigen, so nicht etwa, um dem Unternehmertum zu zeigen, welchen Weg es zu gehen hat, wenn es lebenfähig bleiben will, denn das kann unsre Aufgabe nicht sein, wußten diese ja doch von jeher schon besser für sich zu sorgen, als die Arbeiter, und den Profiten unter sich zu teilen. Nein, wir wollen damit nur zeigen, daß wir, falls diese Vertrübung aufzutreten kommt, nicht vor etwas Unvorhergesehenem stehen, und der Arbeiterschaft, die hier in Betracht kommt, zeigen, was sie von einer solchen Vertrübung eventuell zu erwarten hat. Ob sie sich aber aus dem Angeführten eine Lehre zieht und sich danach einrichtet, oder ob sie in ihrer bisherigen Gleichgültigkeit weiter verharret, sich um nichts kümmert, was mit ihr und um sie herum vorgeht und bei ihrem elenden Arbeits- und Lohnverhältnis lieber zugrunde geht, oder ob sie sich doch noch aufsetzt, ehe es zu spät ist und sich durch die Mittel der Organisation bessere, menschenwürdigere Verhältnisse etablieren wird, bleibt abzuwarten, wollen das letztere aber zu ihrer Ehre und in ihrem ureigensten Interesse von ihr gern erwarten. B.

### Vom Kampf gegen das Bleiweiß.

Am 2. September 1910 tritt in Belgien ein Gesetz in Kraft, nach welchem der Verkauf, die Beförderung und der Gebrauch von zu Malerarbeiten bestimmtem Bleiweiß in Pulverform oder in Stücken verboten ist. Nur in Del angeregnetes Bleiweiß in Leiform darf mit Genehmigung der Regierung Verwendung finden. Das Verbot soll sich auch auf andre Malerarbeiten beziehen, welche mit Blei zusammengestellt sind. In Del angeregnetes Bleiweiß aber in Belgien einzuführen, läßt sich wegen des Zolls mit Nutzen nicht ermöglichen. In Frankreich ist Bleiweiß zum Unrecht bei Staatsbauten sogar schon seit einigen Jahren verboten. Nun bleiben noch wirkliche internationale Maßregeln gegen die Gefahren der Fabrikation des Bleiweiß selber zu ergreifen.

### Weshalb Ungarn keine Bündholzarbeiter nicht schützt.

Welch schweren Schädigungen die Arbeiterschaft der ungarischen Bündholzfabriken ausgesetzt sind, das schildert Dozent Dr. Friedrich in einem Buche, in dem die Ergebnisse einer Untersuchung niedergelegt sind, die er mit Unterstützung der Behörden und des Staatssekretärs Sztereny angestellt hat. Danach entsprechen Bau, Situierung und Einrichtung der Fabrikanten auch nicht den bescheidensten Anprüchen. Die Arbeiträume sind nicht geräumig genug, schwülzig, die Luft ist mit Phosphor- und Schwefeldämpfen gefüllt. Von zehn untersuchten Fabriken war nur in fünf ein Speiseraum vorhanden. In einer Fabrik fehlte ein Waschraum überhaupt, in vielen anderen dient er nur zur Wahrung des Scheines. Vor- und Nachmittagspausen, wo die Arbeiter die Fabrikräume verlassen können, gibt es an vielen Orten nicht, hingegen ist es den Arbeitern gestattet, während der Arbeit mit den von Phosphor bezeichneten Fingern zu essen. Mehr als ein Viertel der mit Phosphorarbeit beschäftigten 495 Arbeiter sind unter 16 Jahre alt, darunter Kinder von 9 bis 12 Jahren. Ja, selbst ein 6- bis 7-jähriges Kind ist seiner Mutter mit der gefährlichen Arbeit des Basens beschäftigt. Die vorgeschriebene ärztliche Aufsicht wird entweder überhaupt nicht oder höchst mangelfhaft ausgeübt. Ein Fabrikant gestand ein, daß er selbst die vor der Aufnahme vorgebrachte ärztliche Untersuchung vornehme und der Arzt nur die Zeugnisse unterschreibe. Obwohl die Beschäftigung von Leuten mit tödlichen Zäpfen untersagt ist, fand Friedrich bei 65 Prozent der untersuchten Arbeiter Karbunkle. Die Zahl der Retrofalle in den ungarischen Fabriken schätzt Friedrich auf 200. Man würde es kaum für möglich halten, daß sich Sztereny, mit dessen Unterstützung diese Erhebungen geöffnet wurden, und daß sich die ungarische Regierung all den durchbaren Argumenten für das Weißphosphor-Verbot, die das Buch enthält, verschließen könnte, wenn man nicht wüßte, daß in Ungarn die Großgrundbesitzer unumschränkt herrschen und daß diese in den Bündholzfabriken gute Abnehmer für ihre Holzvorräte haben. Deshalb erscheint Ungarn noch immer kein Phosphorverbot, während Österreich mit seiner starken Arbeiterschaft im Parlament, wie häufig im "Proletarier" ausführlich besprochen wurde, dieses Jahr endlich die Reform für 1912 beschlossen hat.

X Dömis (Elbe). Hier in Dömis befindet sich eine Dynamitfabrik, welche circa 250-300 Arbeiter und Arbeitersinnen beschäftigt. Mit dieser Fabrik hat sich die Oeffentlichkeit schon recht häufig beschäftigt, und zwar insbesondere, als im Sommer 1907 eine Explosion passiert war, wobei 12 Menschen ihr Leben auf dem Schlachtfeld der Arbeit lassen mußten. Man sollte nur annehmen, jene Explosion wäre für die Direktion eine Überraschung, hätte sie veranlaßt, nun alles aufzubieten, um eine zweite Explosion zu verhindern. Doch weit gefehlt! Die Direktion und insbesondere Direktor Bäumermann fühlt sich persönlich getroffen, wenn man öffentlich in der Presse und in Versammlungen auf die dortigen Misstände aufmerksam macht. Es ist bezeichnend, daß der Herr Direktor unwiderrührbar behaupten kann, daß er in den Augen der meisten Aktionäre im Ansehen steige, wenn er öffentlich "beschimpft" werde, d. h. wenn die Mißstände im Betriebe gezeigt werden. trifft das zu, dann haben wir das Recht, zu sagen, die Aktionäre geben straflos über das Leben der Arbeiter hinweg. Sollte sich das Gefüge zur Tatsache verdichten, was wir bei den

abhalten, immer wieder Kritik in der Öffentlichkeit zu üben, wenn es notwendig ist. Und es ist wieder einmal notwendig geworden. Jeder einsichtige Mensch weiß, daß die Arbeiter in der chemischen Industrie unter gefundheitsschädlichen Zuständen zu leiden haben. Noch unter weit gefährlicheren Arbeitsmethoden arbeiten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Dynamitsfabriken. Letztere sind sich keinen Augenblick ihres Lebens sicher, denn nur ein falscher Handgriff und Hunderte von Menschen stehen in Lebensgefahr. Doch, was lärmert dies die Direktoren und Aktionäre der chemischen Industrie, und zwar insbesondere die Herren der Dömitzer Dynamitsfabrik, sonst würde man folgendes nicht verstehen können: Seit einer Reihe von Jahren bemühen sich die Stadtvertretungen, überall dort, wo Dynamitsfabriken vorhanden sind, das Bauen von Wohnhäusern in der Nähe von diesen Fabriken zu verbieten, und zwar wegen der Explosionsgefahren. Was macht nun die Dömitzer Fabrikleitung? Nicht genug, daß sie Fabrikwohnungen in der Nähe des Fabrik gebaut hat, und zwar leider mit Erlaubnis der dortigen Stadtvertretung, sondern sie (die Direktion) beherbergt innerhalb der Fabrikräume 40—50 Mädchen. Diese Mädchen sind aus der Gegend von Stendal, Spandau und Böhmen, weil sich aus dem Dömitzer Bezirk nur wenige Mädchen hervorheben, in diesem Betrieb zu arbeiten. Wir fragen öffentlich die Behörden und auch die Schweriner Gewerbe-Inspektion, ob ihr von diesem Zustande nichts bekannt ist und ob sie dies weiter dulden will! Aber auch die sittlichen und hygienischen Grundsätze für Menschen übertreift die Direktion. Jeden Leser und erst recht die maßgebenden Behörden wird es hoffentlich interessieren, wo und wie diese Mädchen „wohnen“. Die Schlafräume (von Wohnungen kann keine Rede sein) befinden sich in Stach hoch in der Nähe vom Kesselraum, unweit der Sprengstoffabteilung, also in der Nähe der gefährlichsten Abteilung. In jeder Hütte (passender Ausdruck) befinden sich zwei Betten, welche nicht etwa nebeneinander, sondern übereinander gestellt sind, ganz wie in den Kasernen. Ein einfach standhaftes Zustand! Diese Buden sind nun so unordentlich abgeschotzt, daß man durchschauen kann. Weiter als zum Schlosen kann die Hütte nicht gebraucht werden, denn der Raum zwischen Bettstelle und Wand ist so schmal, daß nicht ein schwuler Körper dazwischen stehen kann; nicht so viel Platz ist vorhanden, daß die Mädchen ihre Garderobe ordentlich unterbringen können. So müssen die Mädchen, wollen sie nicht gleich nach dem Kämbrot zu Hause gehen, sich im Raum aufzuhalten, oder auch, sie müssen die unangenehme Stätte verlassen und sich anderweitig die Zeit vertreiben. Sie sind neugierig, wann die Behörden eingreifen werden. Je eher, um so besser! Auch die Klosettanlagen für die Mädchen sind in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet. Für die Fabrik ist besser für die Arbeiter und Arbeiterinnen besticht eine Arbeitsordnung, die allerlei Vorrichtungen enthält, wonach aber nicht gehandelt wird. So schreibt die Arbeitsordnung vor, daß die Arbeitsschichten jeden Abend vor Verlassen des Betriebes zu reinigen sind; noch wird aber nicht gehandelt, da keine Zeit dafür übrig ist. — Ist doch in letzter Zeit eine ungeheure Autreiberei in der Sprengstoffabteilung Mode geworden. Man verlangt in der letzten Zeit in diesen Arbeiten, daß sie noch immer mehr leisten sollen. Daß bleibt keine Zeit für die Reinigung der Maschinen übrig. Sollt in der gefährlichen Sprengstoffabteilung jede Autreiberei und es Überholen zu vermeiden, gewißlich das Gegenteil. Sollte also der Fabrik mal wieder eine Explosion stattfinden, was wir nicht wissen wollen, dann müssen wir die Klägerin.

Obige Zustände waren dem Schreiber dieser Zeilen zum Teil einer am Sonnabend, dem 9. d. M., stattgefundenen Betriebsversammlung kündigt. Wir haben nun schon oben gesagt, daß an dem Direktor Battermann alle Kritik abprallt, aber nicht bloß aus oben geführten Gründen, sondern weil sich die dortigen Arbeiter und Arbeitnehmer alles hielten lassen. Am Montagmorgen, als die Arbeiter und Arbeitnehmer gut Arbeit erschienen waren, trat Direktor Battermann an die Pöddchen heran und fragte diejenigen, ob sie auch den Verbände beigetreten wären. Als sich die Wäschchen in dieses zweigen Häuschen, sprach er darüber seine Bewunderung aus, und räte, er könne es nicht fassen, wie katholisch die Wäschchen ihm (der Direktor ist auch katholisch) die Antwort verweigern könnten. (!) Schließlich meinte er, er hätte ja gar nichts dagegen, wenn sich die Arbeiter und Arbeitnehmer organisierten, aber er könnte trotzdem nicht lassen, weshalb die Leute ja das Geld weglassen könnten, um sie berücksichtigen nur den Führern ein angenehmes und frohes Leben. Ob der Direktor wirklich nicht mehr Gerechtigkeit und Witz besitzt, so er den Arbeitern und Arbeitnehmer solch armes Gedanktes verleiht? Schreiber dieses wurde in der Versammlung von Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß den Arbeitern jenseitig kommen werde, um eine Gegenrede zu halten. Ergebliebene war auch da, aber er — lärmig. Warum wohl? Er kam der Schreiberin mit der "Regensburgischen Zeitung" die Hand auf mich zu, um mich auf einen Artikel aufmerksam zu machen, den er als Schriftsteller bezeichnete. In diesem Artikel wurden nämlich die Arbeiter als faul und träge hingestellt. Es sah so aus, er möge aufschreiben, aber sollte zu bezahlen. Der kleine Mann hat dann am Montagvormittag gut eine Stunde dem Direktor konfiliert. Die Wäschwerker und Arbeitnehmer waren nun, daß es nun geklärt sei, um aus der Versammlung zu gehen, ich aber glaubte, daß der gute Mann den Direktor vom Artikel und Namen der Organisation überzeugen wollte. (!) Jedoch schien mir seine Rente darauf, daß er mal zu einer Sitzung eingeladen würde. Das gefüllt. Wer nicht kam, war der Eingeladene. Doch wußten wir, was von dem Mann zu halten ist, und auch Schreiberin kann ihr Verhalten darauf einrichten. Wer ist dieser Mann? Es ist der durchgefallene Predigtamtsschulrat Stoff Starke. Dieser frühere Diener des Herrn hält der Kirchengemeinde von Dennis Schmitz geopferdigten ab. Wir hören von ihm, seinen Predigten folgendes Thema zugrunde liegen: „Was vom Juden Christus und welche ein Ende nehmen.“ Den Arbeitern und Arbeitnehmer aber rufen wir zu: „Gesetz und Recht aufzufordern und besser, sondern vielmehr auch Arbeitgeberverbände zu, auch zu Kreis, den Unternehmern.“

*Schädel, Hirn, Knochen  
Gehirnstücke, Früchte, Beutel.*

*Yours ever truly, S. J. S.*

wie sich gezeigt hat, sehr wichtigen Gewichtung, daß die hohen Preise die Auslandskonkurrenz begünstigen und zur Gründung neuer Werke führen würde. Das Syndikat kam vor einem Jahr diesen Forderungen infosfern entgegen, als es für Arbeitgeberverbände hoch e Rabbatte einführte, von einer Preiserhöhung jedoch abzah. Die Folgen zeigen sich nun. Am Anfang dieses Jahres entstanden sechs neue Fabriken, und fernere sechs bis sieben Fabriken sind teils im Bau begriffen, teils ist ihre Errichtung geplant. Die Einführung belgischen Betriebs ist in jüngerer Zeitnahme begriffen, und das Syndikat kann den Werken des Syndikats auch einen Absatz von 50 Prozent der Beteiligung verschaffen. Gestützt auf die Angst die Syndikatsherren und treibt sie in das andere Extrem. Wie die "Kölnerische Volkszeitung" schreibt, beabsichtigt das Syndikat für das Jahr 1910 eine stück Preiserhöhung um zu treten zu lassen, um sich dadurch des belgischen Wettbewerbes zu entledigen und die schwedende Gründung neuer Zementwerke zu unterdrücken. Zu diesem Zweck hat es seinen Gesellschaftern (den beteiligten Werken) in einer Versammlung eine Preisberechnung vorgelegt. Der Preis soll so herabgesetzt werden, daß für die beteiligten Werke zur Verteilung nur ein Preis übrig bleibt, welcher noch weit unter dem Selbstkostenpreis der meisten etätigten Werke steht. Die Folge davon wird sein, daß das Syndikat seine Werke in ganz empfindlicher Weise schädigt. Ob es damit über den beabsichtigten Zweck erreicht, mag dahingestellt bleiben. Wenn auch wirklich nach einer solchen Preiserhöhung die Einführung belgischer Ware zurückgeht, und einige Gründer ihren Plan verschieben, so ist doch das Syndikat nach absehbarer Zeit gezwungen, den Preis wieder zu erhöhen, um seine Werke vor dem vollständigen Untergang zu bewahren. Die Folge davon wird wiederum sein, daß sofort auch der belgische Wettbewerb und die Gründung neuer Werke wieder auf dem Plane erscheinen, und somit das Syndikat auf der jetzigen Stelle, vor neuen Schwierigkeiten steht, er mit dem Unterschiede, daß es seine beteiligten Werke um mehrere Millionen (dem darum handelt es sich) geschädigt und, je nach Dauer des Preisdrucks, vielleicht auch einige zum Konkurs gebracht hätte. Vielleicht wird das letztere beabsichtigt; denn die Müdigkeit ist ja Trumpf im kapitalistischen Konkurrenzlampen. Die "großen" wären bei dieser Aktion, wie immer, die Gewinnenden; konkurrieren nicht nur die neu entstehenden, sondern auch zahlreiche alte, aber weniger kapitalistische Unternehmen nieder und können dann die Preise wieder ungeniert hoch schrauben. Ansteckend reagieren aber schon einige Zementwerke den Druck, denn es von verschiedenen Fabriken schon damit gedroht worden, bei einer Preisfestsetzung, welche Gewinn nicht mehr lasse, im Wege der Klage ein Ausschafft aus dem Syndikat zu erzwingen, daß Syndikat dann keinen Zweck ja nicht mehr erfülle. Von andern Werken ist eine Klage auf Ausscheiden aus dem Syndikat mit der Gründung zu erwarten, daß bei einer Verhöhung von weniger als 40 Prozent der Beteiligung der Zweck des Vertrags nicht mehr erreicht werde. Die nächste Zukunft wird ja lehren, wer in diesem Streit unter die Räder gerät. — Für die Arbeiterschaft der Zementindustrie ist der Streit um das willen beachtenswert, weil am Ende der wirtschaftliche Sieg auf ihren Rücken ausgeschlagen wird; denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Herabsetzung der Zementpreise bei den Unternehmen sofort das Besteheben lassen würde, die Produktionskosten durch Herabsetzung der ohnehin hohen Arbeitslöhne noch mehr zu verringern.

Ein bezeichnendes Bild von den Maximen der Unternehmensorganisationen lieferte eine Gerichtsverhandlung, die vor einigen Wochen vor dem Landgericht Berlin stattfand. Der Sachverhalt ist folgender: Der Verkaufsverein mitteldeutsch erinnerte, G. m. b. H., Halle, hatte gegen das ihm anbrige Rüdersdorfer Portland-Bementwerk (G. O. genannt) eine Unterbietungsflage angestrengt und im Januar d. J. eine einstweilige gerichtliche Verfügung erwirkt, wonach Rüdersdorfer Zementwerk für jeden Kontraktionsfall eine Rente von 1500 Mark zu entrichten hatte. Daraufhin hatte das Rüdersdorfer Zementwerk gegen den Verkaufsverein Widerklage erhoben, weil der Verkaufsverein verjährig geworden sei. Das Landgericht stellte auf Grund der Widerklage fest, daß der Verkaufsverein selbst gegen die Bemerkungen der mit dem Rüdersdorfer Zementwerk und den Vereinsmitgliedern für die Jahre 1908 und 1909 abgeschlossenen Verträge verstoßen hat. Das Landgericht erließ ausdrücklich eine einstweilige Verfügung; in dieser ward angeordnet, daß der Verkaufsverein bei Bezeichnung einer Geldstrafe von 10 Mark für jeden Fall der Zu widerhandlung es zu unterlassen unter Verlehung des für das Jahr 1909 geschlossenen Kontraktionsvertrags mit den beteiligten Zementfabriken im Kontraktionsgebiet einschließlich Groß-Berlin zu niedrigeren Preisen Zement anzubieten, zu verkaufen und zu liefern, als zu im Vertrage und der dazu gehörigen Preisliste angegebenen. Die Verfügung richtet sich auch gegen höhere Rabatte und Vergünstigungen für Stücklieferung von Packungsmaterial, als sie nach dem Kontraktionsvertrage gesetzet sind.

Die Kampagne ist nun auch im heutigen Gebiete beendet, und es beginnt für die Ziegeleiarbeiter die Zeit, wo der Hungerkampf ergetzt gezogen werden muß. Soweit sie nicht mit Ölarbeit beschäftigt sind, erhalten sie nun die sogenannten Winterlöhne der Höhe von 1,50 bis 2 Mark pro Tag bei zehn- stiger Arbeitszeit. Diese Hungerlöhne bewirken, daß die Frauen nicht immer mehr an Ausdehnung gewont. In der Mailändischen Ziegelei in Iller werden die Frauen sogar zum Auskarten benutzt. Sicherlich wird dadurch auch ein Steigen der Arbeitslöhne verhindert. Solange die Arbeiter durch die Mitarbeit der Frau vor Verhängnissen bewahrt bleiben, können sie sich nicht aufzurichten, um den Zusätztern einmal die Fäuste zu zeigen. Auf der Abschlußarbeitsbankrollen ist ihnen oft zur Verbesserung ihrer Lebensbedürfnisse noch mehr als bisher der Organisation anzuschließen, die Versammlungen besuchen und durch Selbstzucht sich die Achtung der Meister und der übrigen Bevölkerung erringen.

= Von der Ziegelstraße. In der heiligen Ziegelerie ist an den Ziegelerien mit geringen Ausnahmen die Konkurrenz vorherrschend. Wie die Schuhwerken so dominieren auch die Ziegelerwerbeiter am heutigen Tage aus anderen Gegenden hier zugewandert, um aufgrund der Kampagne ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die etwas gespannten Verhältnisse des Familienlebens, die angenehmere Wohnung und bessere Versorgung werden mit den höchsten Unterhaltsförderungen, mit der vorschriftsmäßigen Bezahlung und der angestrebten, im einzelnen Betrieben bis zu 15 Stunden währenden Arbeitzeit veranschlagt. Bis vor einigen Jahren konnte man in Hessen häufiger hören: „Kunstgewerbe und Handwerk sind bei Beginn der Kampagne immer los“; „Unangemessenes Verteilen kommt wieder“; aber seit unter den Arbeiter immer mehr die Erfahrung besteht, daß dieser Fleiß nur den Besitzer und Meister zugute kommt und sie sich der Organisation anschließen, aus einer gerechten Verteilung ihres Arbeitsvertrages profitieren, ist es mit diesem Vorbei. Die nun herendige Kampagne wird arbeitsmäßig für alle Beschäftigten und auch ertragreich an praktischen Erfahrungen, aus denen die Führer zum Viehunterhaltung zu ziehen haben. Ziegelerbeiter und Meister Heinrich gewöhnliche Verdienste hat, denn die Ziegelpreise sind bedeutend gestiegen. Die Höhe aber kann trotz fortwährend steigenden Lebensmittelpreise schließlich niedriger als früheren Jahren, wozu die Überfüllung des Arbeitsmarktes wesentlich beigetragen hat. Das Abhängigkeitsgefühl des Arbeiter hat sich nach drückender geformt, und die gewissenlose Ausbeutung hat eine gewaltige Ausdehnung erfahren. Die Willkürige Arbeitzeit wird vom dem größten Teil der Lippischen Meister willkürlich verlängert, die Bauen verfügt, gendliche und weibliche Beschäftigte werden oft zu gleich langer Arbeitszeit herangezogen, wozu noch eine grenzenlose Unzuverlässigkeit tritt. Die Ziegelmänner wollen genau wie die Unternehmer kürzer Zeit möglichst viel verdienen, und hier bietet ihnen das Artisanen- und Kaufmännewesen die beste Möglichkeit. In der Kavumine ist es vor allem die unzureichende Bezahlung, die Anfechtungen gibt. Was da von den Ziegelerarbeitern erzählt wird, isthaarsträubend. Bei Meister A. Grauholz, Gauern sind es endlich, in welche ein Arbeiter auf 12 z. 15 Uhr die Anordnung gegen den Leichten Kost die Arbeit aufzugeben. Zum Kochen wird hier Schwasser verwandt. Die Kost besteht aus Döhnen, Sehnläbien und sauberen Blaumen, welchen für 40 Arbeiter noch Pfund „Speck“ zugesetzt werden. Die Kost Speck wie den Arbeitern nachgeht, er wirkt die Arbeit nicht s, der Boxer ist unmöglich, kein Leben können wir nicht

... es vorzutragen man er zu wagen, wenn er es auf die Sorge hängt wäre. Häufig besorgt der Meister oder dessen Frau das Kochen selbst. Die Zubereitung ist infolgedessen oft so ungeliebt, daß die durch die Langsamauernde und schwere Arbeit sehr ausgehungernden Leute, den vorgetragten Broß nicht genießen können. Aber was die Leute nicht wollen, das bekommen die Zweine, und das ist es eben, was man will. Obengenannte Sätze sind am Ende des Berichtes folgende Sätze zu ergänzen: Schwestern, Brüder, Helfern und Freunden, und dies ist an den meisten Biegeläden der Fall. Die ersten erzielen so auf Kosten der Arbeiter einen recht anschaulichen Verdienst. Um in möglichst kurzer Zeit möglichst viel zusammenzuraffen, werden von den Meistern alle gesetzlichen, hygienischen und moralischen Schranken niedergestreten. Nunmehr mehr macht jetzt das Bestreben geltend, einen festen Preis für Kasse und Tagesschildigung zu verlangen. Dieser schwankt zwischen 40 und Pf. pro Tag. Daneben wird in der Regel pro Woche noch Pf. Hochgeld verlangt. Neuerdings wird, wie der diesjährige Kampagneschluß häufig bewiesen hat, ein Betrag für Beleuchtung Reinigung, der bis zu 60 Pf. pro Woche beträgt, in Abzug gebracht. Außerdem müssen alle Arbeiter Mitglied einer freien Gewerkschaft werden und somit ihre Krankenkassenbeiträge allein bezahlen; also selbst gesetzliche Vorschriften sucht man zu umgehen, um Profit zu mehren. Dazu kommen noch die vielen Lohnpressereien und Betrügereien, die einen geradezu ungeheuerlichen Umsfang annehmen. Leider wird davon nur der kleinste Teil bekannt, weil die Arbeiter froh sind, wenn sie ein solches Eldorado, in dem der Meister ein herrscher und eine Tracht Prügel der übliche Lohn ist, hinter sich haben. Nicht weniger als 39 Arbeiter wandten sich um Rat und Hilfe unser Verbandsbüro in Stade, und eine beträchtliche Summe Lohnslohn konnte bisher allein durch persönliche Vorstellung der Verwaltung für die Arbeiter gerettet werden. Über in vielen Fällen steht auch das Gericht in Anspruch genommen werden, womit wir uns er noch eingehender beschäftigen wollen. An all diesen Missständen steht die Behörde gleichgültig vorüber. Die hygienisch lästigen Wasserkunst- und Wohnungsvorrichtungen, das Trudisystem, das hier vollständig steht, ferner die geradezu geweinsgefährliche Behandlung, der weiter durch einzelne Meister, die über lange Arbeitszeit die miserabile Bezahlung der Arbeiter müssen notwendig herabsetzend auf Geist und Körper der Biegelarbeiter wirken. Nur von den über 100 bis jetzt ermittelten Meistern meinen es ehrlich mit ihren Arbeitern, alle übrigen sind bestrebt, neben der Ausnutzung der Arbeitskraft auch noch erhebliche Profite durch die Verwendung von Lebensmitteln oder sonstigen Bedarfssachen einzutragen. Ein nicht geringer Teil der Biegelmeister hat sich bereits das eigene Gebiet festhaft gemacht und sich Willen errichtet, die Annehmlichkeit und Behaglichkeit die Wohnung manches Biegelarbeiters übertreffen. Wie sie zu diesem Reichtum gekommen sind, ist dem Auspruch eines Biegelmeisters zu ermessen, der bei einer Handlung unserer dortigen Organisationsvertreter zutief: „Ich kann mehr arbeiten sehen als Sie!“ Das „Arbeiten sehen“ ist Einstellen eines erheblichen Teils des Arbeitsertrages, das ist was vielen Meistern diesen Reichtum bringt. Zu diese Missstände zu beseitigen, wird nur dann möglich sein, wenn sich die Biegelarbeiter noch mehr als bisher der Organisation anschließen, Versammlungen besuchen und durch Selbstzucht sich die Achtung des Meisters und der übrigen Bevölkerung erringen.